Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt

für

das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Anzeiger

für

Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Rüsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Callenberg, Grumbach, Tirschheim, Kuhschnappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Rußdorf.

Erscheint jeden **Werktag** abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis** frei ins Haus vierteljährlich 2.10 Mk., monatlich 70 Pfg. Durch die **Post** bei Abholung auf dem Postamte vierteljährlich 2.10 Mk., monatlich 70 Pfg., frei ins Haus vierteljährlich 2.52 Mk., monatlich 84 Pfg. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11.

Der **Anzeigenpreis** beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgespaltene Korpuszeile 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., im Reklameteil 40 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiger Nachlaß. **Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher** schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch **Klage** oder im **Konkursfalle** gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 163 | **Postscheckkonto: Leipzig 23464** | **Mittwoch, 18. Juli 1917.** | **Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.** | **67. Jahrg.**

Gegen das Friedensprogramm.

Nachklänge zum Kanzlerwechsel.

Herr v. Bethmann Hollweg ist zur Strecke gebracht, aber der Kampf um die Person des Kanzlers, diesmal des neuen, hat darum nicht aufgehört. Vielfach vollzieht er sich sogar in Formen, die sich kaum wesentlich von den in der vorigen Woche üblichen unterscheiden. Die Presse der Konservativen und der Schwerindustrie bemüht sich, Herrn Dr. Michaelis für sich mit Beschlag zu belegen und gibt ihm den kurzsichtigen Rat, die Andersmeinenden, dieweil sie doch nicht „national" wären, schlechthin als ungeeignet zu betrachten. Das heißen diese bemerkenswerten schlechten Musikanten am Ausgange des dritten Kriegsjahres die „innere Einheit der Nation stärken!"

Der neue Kanzler beschäftigt sich derweilen — wir wir glauben möchten, fast ausschließlich — mit dem Problem, das die Kriegszielerklärung der Mehrheitsparteien in die öffentliche Erörterung geworfen hat. Manche von den Herren, die am Sonnabend beim Kanzler waren, haben gemeint, er würde sich einfach auf den Boden dieser Resolution stellen. Das halten wir nicht für wahrscheinlich. Aber ebensowenig dürfte er, wozu ihm die „Tägl. Rdsch." noch heute zuredet, sie glatt von der Hand weisen. Eher schon ist damit zu rechnen, daß Dr. Michaelis am Donnerstag eine Erklärung abgibt, die, ohne der Resolution zuzustimmen, es doch der Sozialdemokratie nicht unmöglich macht, die Kriegskredite zu bewilligen. In diesem Falle ist es, so meint das „Leipz. Tgbl.", nicht ausgeschlossen, daß man von der Erklärung Kenntnis nimmt und über die Mehrheitsresolution zur Tagesordnung übergeht, will sagen, über sie gar nicht erst förmlich abstimmt.

So kann der Verlauf sein. Etwas Endgültiges steht in der Beziehung noch nicht fest, die Verhandlungen über diese Dinge gehen einstweilen noch weiter. Von dem Gang dieser Verhandlungen aber wird es abhängen, ob neben Herrn Zimmermann auch Herr Helfferich sein bisheriges Amt verläßt. Auch darüber ist zur Stunde das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die preußischen Angelegenheiten treten dagegen vorläufig noch zurück. Man hat den Eindruck, daß Dr. Michaelis, der ja ganz neu, in gewissem Sinne auch unvorbereitet, an alle diese Fragen herantritt, zunächst einmal dringend die Geschäfte im Reich gereinigt haben und sich dann, wenn der Reichstag sich vertagt haben wird, der Ordnung und Entwirrung der preußischen Probleme zuwenden möchte.

Unter diesem Gesichtswinkel tut man gut, auch das Rätselraten nach neuen Männern zu beurteilen, dem ein Teil der Presse, an der Spitze der „Lokal-Anzeiger", mit ungeschwächten Kräften sich hingibt. Da werden — manchmal zu durchsichtigen, mitunter auch zu durchaus undurchsichtigen Zwecken — allerhand Namen genannt, um sie alsbald auf die schwarze Liste zu setzen. Ein Verfahren, das besonders dann nicht zur Nachfolge reizen sollte, wenn es sich um Männer handelt, die bestimmt sind, die Verhandlungen mit anderen Stellen, insbesondere auch mit unseren Verbündeten, zu führen. Bleiben diese Herren dann doch an ihrem Platz, so haben sie ein gut Teil ihres Kredits eingebüßt, dessen sie zu der Führung der Geschäfte im Ausland bedürfen. Aber dergleichen geniert ja die, sagen wir einmal: hohen Geister nicht, die seit zwei Wochen die deutsche Presse zu einer Brutstätte und einem Tummelplatz der Intrigen gemacht haben.

Zu den Besprechungen,

die der neue Kanzler am Sonnabend und Sonntag mit den Mitgliedern der Reichstagsparteien und den führenden Militärs hatte, wird noch geschrieben: Gegenstand der Unterhaltung bildeten die im Vordergrund des parlamentarischen Interesses stehenden Fragen. Der neue Kanzler sprach sich ungezwungen über diese Fragen aus. Er teilte mit, daß er am Donnerstag zu Beginn der Reichstagssitzung das Wort nehmen würde. Man darf somit eine programmatische Erklärung über seine Auffassung unserer inneren und äußeren Lage erwarten. Wie von Teilnehmern an der Besprechung berichtet wurde, seien alle von der klaren und zielsicheren Weise, in der sich der Reichskanzler Dr. Michaelis äußerte, auf das Freudigste berührt. Mit nicht minderer Genugtuung war es ferner zu begrüßen, welches vollständige und rückhaltlose Einvernehmen zwischen dem Reichskanzler und den beiden Vertretern der Obersten Heeresleitung, Generalmarschall von Hindenburg und General Ludendorff, bereits gegenwärtig besteht. Zusammengefaßt kann man sagen, daß die Vertreter der drei beteiligten Fraktionen, der konservativen, der Deutschen Fraktion und der nationalliberalen, einen durchaus günstigen Eindruck von dieser Besprechung mitgenommen haben.

Hertling lehnte den Kanzlerposten ab!

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß der Kaiser die Stelle des Reichskanzlers in erster Reihe dem bayrischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling angeboten, daß dieser aber aus persönlichen und sachlichen Gründen abgelehnt hat.

Eine französische Stimme zum Kanzlerwechsel.

Die einzige am Montag vorliegende französische Zeitung „Petit Parisien" erklärt zum Kanzlerwechsel: Der Wunsch nach Beendigung des Krieges scheint in Deutschland rasch Boden zu gewinnen. Doch ist zu bemerken, daß der Grundsatz „Ohne Annexionen und Entschädigungen", d. h. Rückkehr zum status quo ante, der von Frankreich um keinen Preis angenommen würde, da in ihr weder Rückerstattungen noch die nötigen Wiedergutmachungen inbegriffen seien, heute immer stärkeren Widerstand findet. Deutschland hat demnach auf einen Eroberungsfrieden nicht verzichtet. Solange es in dieser Geistesverfassung ist, wird es nicht angängig sein, seinen pazifistischen Treibereien Beachtung zu schenken.

Der Reichsratgedanke abgetan.

Der Plan, der offenbar von dem vorigen Reichskanzler ausgegangen war, aus der Krise einen Ausweg zu finden durch Schaffung eines Reichsrates, der ein Bindeglied darstellen solle zwischen Regierung und Volksvertretung, darf nach dem Kanzlerwechsel als abgetan angesehen werden. Es war beabsichtigt, den sogenannten Reichsrat zusammenzusetzen aus fünf Mitgliedern des Bundesrats und fünf Mitgliedern des Reichstages. Bei den Parteien des Reichstages hat der Plan einmütige Ablehnung gefunden. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich geschlossen gegen ihn ausgesprochen. Auch Graf Hertling soll nach der „Germania" der Durchführung des Planes ablehnend gegenüberstehen. Der „Vorwärts" bezeichnet den Reichsrat, „dieses bürokratisch-parlamentarische Zwitterkind einer letzten Verlegenheit", gleichfalls als erledigt.

Zum Friedensprogramm der Mehrheitspartei

ist in einer aus allen Teilen des Reiches besuchten Berliner Versammlung der Vertrauensmänner des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden eine Entschließung angenommen worden, in der es u. a. heißt:

„Der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden erhebt gegen die von der Reichstagsmehrheit geplante schwachmütige Friedensresolution den allerschärfsten Widerspruch. Die Annahme dieser Resolution würde den Krieg nicht verkürzen, sondern ins Endlose verlängern, da sie den Kriegs- und Siegeswillen der Feinde stärken, den des deutschen Volkes aber zerbrechen müßte. Der „Verständigungsfrieden", wie er der Reichstagsmehrheit vorschwebt, würde das Deutsche Reich für immer aus der Reihe der Großmächte stoßen und einen geradezu beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang, sowie eine allgemeine Verelendung, vor allem auch der arbeitenden Klassen, zur Folge haben. Der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden bestreitet dem unter ganz anderen politischen Verhältnissen gewählten Reichstage das Recht, derartig die Zukunft des deutschen Volkes zu verspielen."

Die „Köln. Ztg." schreibt:

„Der Hauptausschuß des Reichstages sei auseinandergegangen, ohne daß er anscheinend Empfindung dafür gehabt habe, daß er dem Volke nachträglich noch Rechenschaft darüber schulde, was ihn veranlaßte, dem Plenum eine so schicksalsschwere Entschließung, wie die über unsere Friedensbereitschaft, vorzulegen . . . Das Volk will lieber verhungern als einen schimpflichen Frieden schließen, der uns und unseren Kindern noch schlimmeres bringt. Man gehe in Berlin mit dem Schicksal des deutschen Volkes doch etwas schnellfertig um, und man sei im Volke empört darüber, da man es nicht der geringsten Mitteilung über Dinge würdigte, die es selbst am meisten angehen, und über die zu befinden es nicht der Vormundschaft dieses oder jenes Abgeordneten überlassen will."

Die „Kreuzztg." meint:

„Die Kriegszielerklärung der Reichstagsmehrheit hat nach den letzten Beschlüssen der beteiligten Parteien eine etwas andere Fassung erhalten, der Inhalt bleibt der gleiche. Der „Vorwärts" hat recht, wenn er die Erklärung ein unanfechtbares Bekenntnis zu einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen nennt. Ihren Zweck, uns dem Frieden näher zu bringen, wird sie nicht erreichen. Die Stimmen aus dem Auslande zeigen schon jetzt, daß sie eher den Kriegswillen unserer Gegner stärkt. Man zieht dort hieraus den Schluß, daß das Deutsche Reich nicht mehr die Kraft hat, längere Zeit Widerstand zu leisten. Wir werden also weder die militärischen und wirtschaftlichen Sicherungen erreichen, von denen der Kanzler einst sprach, noch die finanzielle Entschädigung, an die Staatssekretär Helfferich dachte, als er erklärte, daß nicht wir, sondern unsere Gegner die Milliardenlasten durch die Zukunft mit sich zu schleppen haben würden. Das aber heißt, daß die Reichstagsmehrheit das deutsche Volk um die Früchte dieses schweren, opferreichen Krieges betrügt."

Die „Deutsch. Tagesztg." schließt ihren Artikel über die Kriegszielerklärung:

„Wenn man vom deutschen Volke erwarten wollte, daß es für einen solchen Frieden, das heißt für Ruin, Knechtschaft, Zerfall und Zersetzung, mit Zuversicht, Energie und Ausdauer weiterkämpfte und litte, so müßte das allerdings als eine seinem gesunden Sinne unverständliche Forderung angesehen werden . . . Es wäre höchst bedauerlich, wenn sie (diese Verzichterklärung) zustande käme, weil sie in ihrer ganzen Unklarheit, Oberflächlichkeit, in ihrer leeren und irreführenden Phraseologie und stümperhaften Psychologie nicht nur den genannten Fraktionen, sondern dem ganzen deutschen Volke vor dem Auslande zur Last fallen würde. Wofür das deutsche Volk sich energisch bedanken müßte."

Vertagung des Reichstages bis September

Nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses des Reichstages wird sich der Reichstag am Freitag bis Mitte September vertagen.

•

Berlin, 17. Juli. In Erwartung des ersten Auftretens des neuen Reichskanzlers schreibt der „Lokalanzeiger", in Reichstagskreisen rechne man keineswegs mit einer eingehenden Programmrede, sondern mit einer Einführungsrede, in welcher der Kanzler zwar zu den brennendsten Fragen der inneren und äußeren Politik Stellung nehmen werde, es aber vermeiden dürfte, schon jetzt sich die Hände derart zu binden, daß veränderte Verhältnisse ihm nicht gestatteten, seine Haltung entsprechend zu ändern. — Das „Tageblatt" sagt, der Reichskanzler sei zwar geneigt, in seiner Antrittsrede Erklärungen abzugeben, welche ungefähr dem Sinne der Friedensresolution entsprechen, zur Annahme der Mehrheitsresolution habe er sich indessen bis jetzt nicht bereit finden lassen. Sollte er die Resolution zurückweisen, dann werde er gleich in der ersten Reichstagssitzung eine starke Mehrheit gegen sich haben. Dies könne nicht sein Wunsch sein.

Neue U-Boot-Beute.

Berlin, 16. Juli. (Amtlich.)

Im **Atlantischen Ozean** wurden durch unsere U-Boote wiederum **eine Anzahl Dampfer und Segler vernichtet.** Darunter befanden sich die bewaffneten **englischen** Dampfer **„Thirlby"** (2009 To.) mit Erzladung und **„Matador"** (3400 To.) mit Stückgut nach England, sowie der **englische** Segler **„Lady of the Lakoe".** Eins der versenkten Schiffe hatte Mais für England geladen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

•

Schiffsverluste der Neutralen.

Der dänische Minister des Aeußern gibt bekannt, daß der dänische Dampfer „Vardingborg" auf der Reise von Cardes nach Huelva mit Kohlen und „M. J. Manol" auf der Reise von Canna nach England mit Erdnüssen sowie die dänische Bark „Atlantik" auf der Reise von Cardes nach Korsoi mit Kohlen versenkt worden sind. Im Seeverhör über die Versenkung des dänischen Motorschiffes „Motor", das auf der Reise von Kopenhagen nach Island mit Stückgut begriffen war, sagte die Besatzung aus, daß das Schiff, als es am 24. Juni von einem U-Boot angegriffen wurde, Maschinenschaden hatte und daher mit Segeln fuhr. Das U-Boot begann sofort mit der Beschießung des Schiffes. Die Besatzung, Kapitän und vier Mann, ging in ihre Rettungsboote. Während der Vorbereitungen hierzu wäre das Boot von dem Schiff fast getroffen und die Besatzung getötet worden, wenn sich das Schiff im entscheidenden Augenblicke nicht gesenkt hätte. Das U-Boot umkreiste und beschoß das Schiff ununterbrochen. Die Besatzung versuchte nun zum Boot zu gelangen, um von diesem ins Schlepptau genommen zu werden, da eine scharfe Brise und hoher Seegang herrschte. Aber jedesmal, wenn das Boot sich dem U-boot näherte, tauchte dieses unter. Die Schiffbrüchigen erreichten nach 36stündigem harten Kampfe mit der See die norwegische Küste. Kapitän Lassen sagte aus, daß der „Motor" im Augenblick der Versenkung sich wahrscheinlich innerhalb, höchstens aber gerade auf dem Rande des Sperrgebietes befand. Das U-Boot war gezeichnet „U 7", es war wahrschein-